

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Cannen“

Wöchentl. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Das teleph. erteilte Aufträge übernehmen wir ohne Gewähr. Kabutt nach Tarif, der jedoch bei gerichtl. Einreich. od. Kontakten günstig wird. Geschäftsart Altensteig, Gerichtskanzl Nagold. Anzeigenspreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum 10 Pfg., die Reklamazeile 45 Pfg. Bezugspreis: Monatl. durch Post 1.50 M., durch Agent. 1.40 M., die Einzelnummer kostet 10 Pfg. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge höh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung / Volkshel-Konto Stuttgart 5750 / Telegr.-Adr.: „Tannblatt“ / Telef. 11.

Nummer 148

Altensteig, Dienstag den 28. Juni 1932

55. Jahrgang

Ueber 11 Milliarden Reparationen in 8 Jahren

Nun aber Schluß!

Berlin, 27. Juni. Der neue Reichshaushalt bringt auch einen Ueberblick über die Gesamtleistungen an Reparationszahlungen für die Rechnungsjahre 1924 bis 1932.

Nach dem Dawes-Plan sind gezahlt worden vom 1. September 1924 bis 31. August 1929 insgesamt 7964,2 Millionen. Diese Summe gliedert sich in 800 Millionen für die Dawes-Anleihe, 2,4 Milliarden Zahlungen aus dem Reichshaushalt, 2,7 Milliarden Reichsbahn-Reparations-schuldverschreibungen, 975 Millionen Industriebobligationen und 1,1 Milliarden Beförderungskosten.

Nach dem „Neuen Plan“ vom 1. September 1929 bis 30. Januar 1931 wurden 2835 Millionen Mark, davon 1645 Millionen aus dem Reichshaushalt und 1210 Millionen als Reichsbahn-Reparationskosten.

Nach dem Hoover-Plan sind in der Zeit vom 1. Juli 1931 bis 30. Juni 1932 noch 71,5 Millionen Mark abgeführt worden. Das sind insgesamt 10 891,2 Millionen Goldmark.

Dazu kommen aber noch 508,6 Millionen Mark, die sich zusammenschließen aus dem Dienst der äußeren Anleihe 1924 in Höhe von 310 Millionen, Zahlung nach dem deutsch-belgischen Marktabkommen rund 60 Millionen Mark, Beitrag zu den äußeren Befahrungskosten 30 Millionen, Beitrag zu den Kosten der fremden Kommissionen 6 Millionen, einmalige Sonderanleihe bei der Bank für Internationale Zahlungen 62,5 Millionen, Dienst der internationalen Anleihe 1930: 48 Millionen Mark.

Alle Gesamtleistungen in der Zeit vom 1. September 1924 bis 30. Juni 1932 ergeben die ungeheure Summe von 11 399,8 Millionen Mark.

Bayern spielt um die Monarchie

Erklärungen Dr. Heim

In einer Unterredung mit dem Sonderberichterstatter des „Daily Express“ hat der Bayernführer der Bayerischen Volkspartei, Dr. Heim, u. a. ausgeführt:

Jederzeit könne jetzt der Tag kommen, an dem Kronprinz Rupprecht zum König von Bayern ausgerufen werde. Das sei nicht nur die Meinung der großen Mehrheit des bayerischen Volkes, sondern er habe guten Grund, zu glauben, daß sie auch von der neuwärtigen bayerischen Regierung geteilt werde. 75 v. H. der bayerischen Bevölkerung würden sofort die Wiedereinführung der alten bayerischen Monarchie unterstützen. „Die Weimarer Verfassung ist tot. Wir warten nur noch auf die Stunde ihres Begräbnisses.“ Die Wiedereinführung der Monarchie bedeute allerdings nicht die Trennung Bayerns vom Reich. Alles, was Bayern verlange, sei ein treues Glied des Reiches zu bleiben. Bayern müsse aber das Recht zu einer von den anderen deutschen Staaten unabhängigen Verfassung haben. Wir wollen einen König als Herrscher anstatt eines republikanischen Präsidenten, weil wir glauben, daß ein Monarch, der durch die Bande des Blutes mit seinem Lande verbunden ist, der beste Herrscher für einen Staat in diesen schweren Zeiten ist.

Die Frage des Berichterstatters, ob die Herbeiführung einer absoluten Monarchie mit diktatorischen Vollmachten gewünscht werde, wurde von Heim verneint. Die bayerischen Könige seien immer demokratische Könige gewesen, die von ihrem Volke geliebt worden seien. Die Monarchie werde von einem Zweikammer-Parlament unterführt werden. Dies sei alles bereits ausgearbeitet worden. Das Oberhaus werde aus dem König ernannten Mitgliedern zusammengesetzt sein, und zwar aus einflussreichen Industriellen, Universitäts- und Kirchenvertretern, sowie gewählten Vertretern verschiedener öffentlicher Körperschaften, Handelsverbänden, Gewerkschaften usw. Das Unterhaus werde nach denselben Richtlinien, wie der letzte bayerische Landtag gewählt werden, mit der Ausnahme, daß das Wahlrecht eingeschränkt werde.

Heim erklärte ferner, er glaube, daß die Stunde kommen werde, wo der Konflikt zwischen Bayern und dem Reich zum offenen Ausbruch kommen werde (1). Bayern werde sich dann nach einem König umschauen, der es in dem Kampf um die Wahrung der bayerischen Geseze gegen die allgemeine deutsche Unordnung führen werde.

Dr. Heim über sein „Daily Express“-Interview

München, 27. Juni. Die „Bayerische Staatszeitung“ berichtet heute auf Grund von Informationen, die sie bei Geheimrat Dr. Heim auf Grund des Interviews gegenüber dem Sonderberichterstatter des „Daily Express“ eingeholt hat. Dr. Heim habe erklärt, daß er stets Gegner der Weimarer Verfassung gewesen sei und vom ersten Tage der Revolution an offen seine monarchistische Gesinnung bekann habe. Die Lösung der monarchistischen Frage in Deutschland sei nur bei Beilegung der gegenwärtigen Verfassung möglich. In diesem Zusammenhang habe er wohl von der bayerischen Bevölkerung und von seinen Parteifreunden gesprochen, mit keinem Worte aber die bayerische Regierung erwähnt. Die Angaben des Interviewers Deimer darüber seien völlig aus der Luft gegriffen.

Neue deutsch-französische Besprechungen

Eine Erklärung des Reichsfinanzministers

Paris, 27. Juni. Die vorgesehene deutsch-französische Besprechung fand am Montag 4.30 Uhr statt. Deutscherseits nahmen der Reichsfinanzminister und die drei Reichsminister, die Staatssekretäre v. Bülow und Trendelenburg und etwa 6 Sachbearbeiter teil; auf französischer Seite waren ebenfalls die Minister und im ganzen etwa 12 Teilnehmer im Verhandlungsraum im Hotel Palace erschienen, in dem zunächst Reichsfinanzminister Graf Schwerin v. Krosigk die deutsche Auffassung vortrug.

Van Janne, 27. Juni. Bei Schluß der Montag-Nachmittags-Sitzung, die von 16.30 Uhr bis 19.40 Uhr dauerte, wurde folgenden Communiqué ausgegeben:

„Die deutsche und die französische Delegation sind neuerdings am Montag, den 27. Juni, nachmittags 16.30 Uhr zusammengesessen. Der Herr Reichsfinanzminister hat die Gründe auseinandergesetzt, die nach seiner Ansicht zu Gunsten einer Streichung der Reparationen sprechen sowie die ersten Maßnahmen, die er für den Wiederaufbau Europas anregen will. Der Herr Reichsfinanzminister hat die Ausführungen des Reichsfinanzministers erläutert und von einem allgemeinen Standpunkt aus ergänzt.“

Der französische Ministerpräsident hat die Vorbehalte gemacht, die er für nötig hielt. Die Unterhaltungen werden Mittwoch vormittag 10 Uhr wieder aufgenommen werden.“

Die deutsch-französische Besprechung in Paris

Paris, 27. Juni. Ueber den Verlauf der heutigen, fast vierstündigen deutsch-französischen Besprechung erzählt man, daß zu Beginn der Reichsfinanzminister das Wort ergriff. Diese Konferenz, führte er aus, berge unerhörte Chancen, um die Zerklüftung der Nachkriegszeit zu beenden und die Welt einem besseren Zustand zuzuführen. Die Reparationen müßten unter allen Umständen sämtlich fallen, da die Weiterführung eines solchen Systems in irgend einer Form den wirtschaftlichen Ruin der Welt bedeuten würde. Die deutsche Regierung werde keine Unterschrift unter ein Abkommen setzen, von der sie jetzt schon überzeugt sei, es nicht halten zu können. Die Regierung sei bereit, an konstruktiven Maßnahmen für einen Aufbau Europas mitzuwirken. In der Zukunft würden die deutsch-französischen Beziehungen in diesem Zusammenhang eine entscheidende Rolle spielen. Die Welt befände sich jetzt in einer ganz außerordentlich ernsten Stunde. Die Wiederherstellung des Vertrauens sei notwendig. Dieses sei die historische Aufgabe der Siegerstaaten und nicht die Deutschlands.

Anschließend trug dann Reichsfinanzminister Graf Schwerin v. Krosigk seine Ausführungen vor, deren Umfang und Materisllität sich aus der Dauer der Sitzung ergibt.

Der Ausfall der morgigen Sitzungen bedeutet, daß die Franzosen sich mit diesem Material befaßen und ihre Antwort vorbereiten müssen.

v. Papen und Herriot bei Macdonald

Paris, 27. Juni. Im Laufe des heutigen Abends werden zunächst Herriot und dann Reichsfinanzminister v. Papen, jedoch beide getrennt, dem Konferenzvorsitzenden Macdonald Besuche abstatten, um mit ihm über den Verlauf der deutsch-französischen Besprechungen Rücksprache zu nehmen.

Die Länderregierungen gegen neue Notverordnung

Berlin, 28. Juni. Zu der Zusammenkunft der Länderminister in Berlin berichtet die „Germania“, daß die Minister zu der bevorstehenden ergänzenden Notverordnung der Reichsregierung bezüglich der generellen Aufhebung des Uniform- und Demonstrationsverbotes von Seiten der Länderregierungen eingehend Stellung genommen. Dabei habe sich völlige Einmütigkeit darüber ergeben, daß die Länder, die von der Reichsregierung geplanten Maßnahmen ablehnen. Gegen die Bestimmungen der neuen Notverordnung seien die schwersten Bedenken erhoben worden; die Verantwortung für das in der Notverordnung Geplante werde der Reichsregierung überlassen.

Die „Vossische Zeitung“ teilt außerdem mit, daß die preußische Regierung unmittelbar nach Erlaß der Reichsverordnungen eine Durchführungsverordnung herausbringen wird, die darauf hinweisen wird, daß eine Aenderung des gegenwärtigen Zustandes insofern eingetreten sei, als anstelle des bisherigen generellen Verbots von Demonstrationen nur die generelle Zulassung die Grundlage sei, von der aus die nachgeordneten Behörden ihre Stellungnahme zu Demonstrationsbegehren einzurichten haben.

Es sei wohl selbstverständlich, so wird, dem Blatt zufolge, in preußischen Kreisen gelagt, daß es die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung den maßgebenden Behörden zur Pflicht mache, nicht an ein und demselben Tage bzw. Ort Demonstrationen stark gegnerisch eingestellter Parteien zuzulassen.

Das italienische Reparationsmemorandum

Paris, 27. Juni. Das italienische Memorandum betont die Notwendigkeit des Coup d'engage („Schwamm drüber“). Die Annulierung von finanziellen Verpflichtungen sei kein Selbstzweck, sondern die Voraussetzung für die Wiederherstellung des Vertrauens und der Wirtschaftsoberbahrungen, wobei die Währungsstabilisierung eine erste Hauptaufgabe sei. Es wird ein System von finanziellen Reparationen vorgeschlagen, bei denen die hauptsächlichsten Emissionsbanken eventuell unter Garantie der Staaten und unter Mitwirkung der BIZ, beteiligt sein sollen, ferner ein flutenweiser Abbau der Zollschranken und aller anderen Handelshemmnisse.

Günstige Aufnahme des italienischen Reparationsmemorandums bei der deutschen Delegation

Paris, 27. Juni. Zu dem italienischen Memorandum, das in Form eines an Macdonald als Konferenz-Präsidenten gerichteten Briefes von Grandi abgefaßt ist, erfahren wir, daß die Auffassung in den Kreisen der deutschen Delegation außerordentlich günstig ist. Es wird wärmstens begrüßt, daß in dieser italienischen Darlegung eine vollkommene Uebereinstimmung mit den deutscherseits bisher stets vertretenen Ideen obwaltet, daß dabei keinerlei Vorbehalte gemacht und die Streichung der Reparationen als die unbedingte Voraussetzung für den wirtschaftlichen Wiederaufbau bezeichnet werden. Auch die einzelnen in den italienischen Gedankengängen aufgeführten Punkte entsprechen durchaus den von deutscher Seite hervorgehobenen. Es ist vornehmlich, daß Italien auch auf seine Opfer hinweist, die es bisher schon im wesentlichen zugunsten der südlichen Staaten gebracht hat, und daß es dabei auf den Nettoüberschuß verweist, den es bisher theoretisch gehabt hat und in seinem Budget anderweitig ausgeglichen werden müßte, ebenso darauf, daß es die vollkommene Uebereinstimmung des Verzichtes aller Gläubiger auf die Reparationen beansprucht.

Amerikas Standpunkt zum Reparationsproblem

Washington, 27. Juni. Im Staatsdepartement und im Weihen Haus herrscht starkes Befremden über die seit Beginn der Pariser Verhandlungen immer häufiger werdenden täglichen Falschmeldungen aus gewissen europäischen Hauptstädten, die auf dem Umweg über Paris oder London angeblich authentische Äußerungen der amerikanischen Regierung zur Schuldfrage kolportieren und damit Verwirrung, Mißtrauen und Verleugung verursachen und einer verhältnismäßigen Erledigung des so großen Problems schweren Schaden zufügen.

Die amerikanische Regierung hat die letzte Absicht, sich in die Pariser Verhandlungen nicht einzumischen und sie hat dies kategorisch in ihrer Erklärung vom letzten Samstag nochmals, und wie sie hofft, überzeugend und endgültig klargestellt. Amerika hat von Anfang an die Forderung von Reparationen für verfehlt gehalten und sich deshalb geweigert, Reparationen von Deutschland zu verlangen. Amerika lehnt auch fernerhin den Versuch Europas ab, die Herabsetzung der alliierten Forderungen an Deutschland mit der Herabsetzung der alliierten Schulden zu verknüpfen. Man steht hier vielmehr auf dem Standpunkt, daß erstens jede Nation Opfer bringen müsse und zweitens, die Erledigung der Reparationsfrage eine rein europäische Angelegenheit sei.

Strasser-Neben

Hitler im September Reichsminister — sagt Gregor Strasser
Lautlingen, 27. Juni. In einer nationalsozialistischen Versammlung sprach hier Gregor Strasser-München. Nach einem Bericht des „Stäny-Boten“ bezeichnete er als das erste Ziel der Nationalsozialisten die Erreichung der politischen Macht und als das zweite Ziel, alle Deutschen zu Nationalsozialisten zu erziehen. Er sei selbst selbstverständlich davon überzeugt, daß spätestens im September die Kabinettsbildung erfolge und daß Hitler dann Reichsminister wird. 14 Jahre lang ist in Deutschland nichts als zerstört worden. Der deutsche Beamtenapparat wurde dafür ausgebildet und dazu benützt, der Gerichtsverwaltung des deutschen Volkes zu sein. Wenn ein Privatmann über seine Verhältnisse lebt und riesige Schulden macht, wird er Lump und Dachstuhler genannt. Das deutsche Volk muß wieder einfacher zu leben lernen. Es darf nicht sein, daß riesige Krankenschwesternanstalten, weit ausgedehnte Sportplätze und luxuriöse Schwimmbäder in Städten erbaut werden, die kein Geld haben. Wir müssen in erster Linie für Arbeit sorgen. Nach unserem Programm wäre es möglich, allein durch Kanalisation, Regenbauten, Siedlung usw. bald 2 Millionen Menschen wieder in den Arbeitsprozess einzusetzen, wodurch ganz selbstverständlich durch den erhöhten Umsatz weitere 750 000 neu Arbeit finden würden. Selbstredend läßt sich dies nicht in wenigen Wochen machen. Wir brauchen Jahre dazu, doch haben wir den festen Willen, es zu tun. Wenn ich im neuen Kabinett Minister bin, werde ich zeigen, daß ich das Gesez auch in die Tat umzusetzen will.

Strasser antwortet den Sozialdemokraten

Berlin, 27. Juni. Wie das N. d. V. d. J. meldet, ist bei der sozialdemokratischen Reichstagsopposition jetzt ein Antwortschreiben



des Vorsitzenden des Ueberwachungs-ausschusses des Reichstages, Abg. Straßer (NS.) zu dem Antrag auf Einberufung dieses Ueberwachungs-ausschusses eingegangen. Das Schreiben trage das Datum des 23. Juni, sei aber erst am 25. Juni, in München aufgegeben und daher erst jetzt in den Besitz der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gelangt. Straßer sagt in dem Schreiben, er beehre sich mitzuteilen, daß er sich auf Grund des sozialdemokratischen Antrages mit den übrigen Mitgliedern des Ausschusses ins Benehmen gesetzt habe, da nach den ihm vorliegenden Anträgen auf Einberufung des Ueberwachungs-ausschusses eine Mehrheit hierfür noch nicht vorzuliegen scheint. Man nimmt in parlamentarischen Kreisen an, daß dem Abg. Straßer bei der Abfassung seiner Antwort noch nicht bekannt war, daß auch die Zentrumstraktion des Reichstages für Einberufung des Ueberwachungs-ausschusses ist, womit eine Mehrheit gegeben erscheint. Die Sozialdemokraten erklären, sie werden nunmehr abwarten, was mit Sicherheit anzunehmen sei, daß nach Vorliegen auch des Zentrumstragendes beim Abg. Straßer der Ueberwachungs-ausschuss des Reichstages noch in dieser Woche zusammenberufen werde.

Deutschnationale Reichsführertagung

Rede Dr. Eugenbergs

Berlin, 27. Juni. Die deutschnationale Reichsführertagung wurde eingeleitet mit einer programmatischen Ansprache des Parteiführers Dr. Eugenbergs. Er gab zunächst der Erwartung Ausdruck, daß durch die neue Regierung im Reich, die die Deutschnationalen begrüßen, für die sie aber keine Mitverantwortung tragen, ein grundsätzlicher Wandel geschaffen würde. Er warnte die Regierung jedoch davor, den richtigen Augenblick zu verpassen und fordere von ihr starkes Durchgreifen gegen die Widerstände, die sich ihr entgegenstellten. Es bestehe sonst die Gefahr einer Staats- und Präsidentschaftsfrage. Als das Ziel dieses Kampfes bezeichnete Dr. Eugenberg die Schaffung einer nationalen Mehrheit, bei der aber mit allem Nachdruck dafür geworben werden müsse, daß die Deutschnationalen in dieser Mehrheit ein starker Faktor seien. Dem Nationalsozialismus ließe allerdings eine klare Staatsidee. Er habe noch Stellung genommen zum Problem „Republik oder Monarchie“, während zu der klaren Staatsidee der Deutschnationalen das Bedürfnis zur monarchistischen Staatsform gehöre. Wenn die Deutschnationalen kein starker Faktor würden, bestehe die Gefahr, daß Nationalsozialisten und Zentrum zusammen gingen, und daß im Grunde das Fortdauern würde, was bisher das deutsche Geistes- und Wirtschaftsleben zu Grunde gerichtet habe. Ebenso bestehe dann aber auch die andere Gefahr der Kleinherzhaftigkeit der Nationalsozialisten. Aufgabe der Deutschnationalen sei es, beide Gefahren zu verhindern. Dr. Eugenberg wandte sich sodann dem Zentrum zu, gegen das der Kampf mit besonderer Entschiedenheit geführt werden müsse, da ihm in erster Linie die Verantwortung für die ganze Entwicklung zuziele. Oberfinanzrat Dr. Sana sprach zum Problem der Sozialpolitik. Dr. Bang stellte an den Anfang seiner Ausführungen den Grundgedanken: „Juriid vom Sozialismus zum sozialen Gedanken“. Im Verlauf der Vortragsführung sprach dann Herr Dr. Wilmers über das Thema „Die Kirche im Kampf um die Nation“ und der Reichstagsabgeordnete Dr. v. Bismarck über das Thema „Partei und Jugend“.

Politische Zusammenstöße

Essen, 27. Juni. Zwei Nationalsozialisten wurden in der Nacht zum Sonntag, als sie in Begleitung zweier Mädchen von einer Sonnenwendfeier in Essen-Vorbeck heimkehrten, beschossen. Der Nationalsozialist Balking brach lebensgefährlich verletzt zusammen. Die Täter sind unerkannt entkommen.

Wattenstein, 27. Juni. Zu politischen Zusammenstößen im Bezirk Essen teilt die Polizei u. a. noch mit: In Wattenstein wurden am Sonntag etwa 80 uniformierte Nationalsozialisten in der Sommerdellerstraße von Kommunisten angegriffen und mit Steinen beworfen. Die Nationalsozialisten setzten sich zur Wehr und es entspann sich ein heftiger Kampf, in dessen Verlauf die Kommunisten über 20 Schüsse auf die Nationalsozialisten abfeuerten. Ein SA-Mann aus Wattenstein wurde tödlich verletzt. Ferner erhielt ein SA-Mann eine schwere Schußverletzung an der Schulter. Zwei SA-Leute und eine unbeteiligte Frau trugen leichtere Verletzungen davon.

Vimbach, 27. Juni. Im benachbarten Ruhdorf kam es am Sonntag nachmittag zu schweren politischen Ausschreitungen. Kommunistische Truppen waren in zwei nationalsozialistische Verkebrtslokale eingedrungen und hatten die Inneneinrichtung teilweise zerstört. Vor dem Gasthaus „Heiterer Blick“ entspann sich eine heftige Schießerei, bei der ein Reichsbannermann getötet, sieben Personen schwer und mehrere leicht verletzt wurden.

Schwintel, 27. Juni. In der Nähe des Bahnhofs wurde in der vergangenen Nacht der kommunistische Arbeiter Klaus von politischen Weanern erschossen. Morano wurde ein Nationalsozialist in Uniform von den Brüdern des Erschossenen angehalten. Der Nationalsozialist zog einen Revolver und legte auf seine Wertschauer an. Als die Waffe verlor, versuchte er zu fliehen, doch wurde er von Straßenpassanten eingekesselt und der Polizei übergeben.

Politische Zwischenfälle in Leipzig

Leipzig, 28. Juni. Bei einem von etwa 1200 uniformierten Nationalsozialisten Montagabend im Osten der Stadt durchgeführten Propagandamarsch versuchten Andersdenkende, den Umzug an verschiedenen Stellen durch Barricaden zu stören. Die Polizei ging mit dem Gummiknüppel gegen die Ruhestörer vor und befeitigte unter Mitwirkung der Feuerwehr die Hindernisse. Dabei kam es an einer Stelle zu einem ernstlichen Zusammenstoß, so daß die Polizei von der Schußwaffe Gebrauch machen mußte. Ob Personen dabei verletzt wurden, steht noch nicht fest. Die Ruhe ist inzwischen wieder hergestellt worden.

Antifaschistischer Kampflongireh in Hamburg

Hamburg, 27. Juni. Ein von über 2000 Delegierten besuchter antifaschistischer Kampflongireh tagte hier. Die überwiegende Zahl der Teilnehmer, unter denen sich Mitglieder der SPD, der SA, Reichsbannerleute und ehemalige Nationalsozialisten befanden, stellten die Kommunisten zur Einleitung einer marxistischen Einheitsfrontbewegung gegen den Nationalsozialismus und seine Verbündeten wurde die Gründung eines „Roten Kampfbündnisses“ beschlossen.

Störung eines deutschen Turnfestes in Böhmen

Prag, 27. Juni. Bei einem deutschen Ganturnfest in Prag wurden die Teilnehmer an einem Umzug am Samstag von Kommunisten überfallen. Bei den Zusammenstößen wurden 24 Personen verletzt. Die Gendarmen war gezwungen einzuschreiten. Nachdem auch Sonntag früh der Versuch gescheitert war, vorzuziehen die Veranstalter auf den Festsaal. Auch im Laufe des Sonntags mußte die Gendarmen einige Male eingreifen. Wie das „Prager Montagblatt“ meldet, wurde festgestellt, daß der Angriff, an dem sich auch tschechische Frauen beteiligten, planmäßig vorbereitet war. So waren z. B. die Kunststeine am Marktplatz mit Benzin übersätet worden, um durch die beim Angriff zu Boden geworfenen Fackeln und das daraus entstehende Feuer den Turnern den Weg auf die Geblütge abzuschneiden. Deutsche Parlamentarier, die gegen die Störung des amtl. in der tschechischen Stadt bewilligten Festes eintritten, wurden von der tschechischen Menge auf dem Heimweg angegriffen. Der Bürgermeister wurde bespuckt und beschimpft, jedoch er und die Parlamentarier von der Gendarmen geschützt werden mußten. Die auswärtigen Turner wurden nach vorzeitigem Abbruch der Turnvorfürungen unter Gendarmeschutz zur Bahn begleitet.

Neues vom Tage

Berliner Konferenz der leitenden Länderminister

Berlin, 27. Juni. Die Pressestelle des preussischen Staatsministeriums teilt mit: Die größte Anzahl der leitenden Länderminister ist am Montag auf Einladung Preussens in Berlin zusammengetreten, um politische Fragen von besonderer Bedeutung zu erörtern. Die Konferenz ergab eine erfreuliche Uebereinstimmung der Erscheinungen: Weitere Sitzungen gleicher Art sind von Fall zu Fall je nach Bedarf in Aussicht genommen.

Die Erhebung der Salzsteuer

Berlin, 27. Juni. Laut Mitteilung des Reichsfinanzministeriums tritt die Salzsteuer am 16. Juli ds. Js. in Kraft. Sie beträgt 12 Reichspfennig für ein Kilogramm und wird beim Salzwerk erhoben. Steuerpflichtig ist nur das Speisesalz, Salz zu gewerblichen Zwecken ist, wie früher steuerfrei, in der Regel nach zuvoriger Denaturierung. Für Ausfuhr bestimmtes Salz ist ebenfalls von der Steuer befreit. Die Steuerüberwachung der Salzwerke beschränkt sich lediglich auf eine Buchkontrolle. Für das am 16. Juli ds. Js. außerhalb der Salzwerke vorhandene Salz ist eine Nachsteuer vorzusehen. Von der Anmeldung, die bis 23. Juli ds. Js. zu erstatten ist, sind nur befreite Salzhandler, wenn sie nicht mehr als 4 Zentner, und andere Personen, also Privatbesitzer, Gastwirtschaften, Kantinen, industrielle Betriebe usw., wenn sie nicht mehr als einen Zentner Salz im Besitz haben.

Unfall eines deutschen Delegationsmitgliedes

Genf, 27. Juni. Der Hilfsarbeiter in der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes, Dr. Norden, wurde von einem Motorradfahrer überfahren und in schwerem Zustand ins Krankenhaus gebracht. Dr. Norden gehört der deutschen Delegation auf der Abrüstungskonferenz an und ist seit Jahren händiger Mitarbeiter der deutschen Delegationen auf den internationalen Konferenzen.

Dr. Mittelmann gestorben

Berlin, 27. Juni. Der frühere Reichstagsabgeordnete Dr. Mittelmann ist in einer Klinik in Düsseldorf gestorben. Dr. Mittelmann war lange Jahre Reichstagsabgeordneter der Deutschen Volkspartei für den Wahlkreis Pommern.

Brief des Christlich-sozialen Volksdienstes an den Reichskanzler

Berlin, 27. Juni. Der erste Vorsitzende des Christlich-sozialen Volksdienstes hat an Reichskanzler v. Papen einen Brief geschrieben, in dem es u. a. heißt, der Christlich-soziale Volksdienst erwarte von der deutschen Regierung, daß sie in Lausanne das unbefangene Klein gegenüber allen Teildienstleistungen durchläufe mit der moralischen Waffe des Widerstands der Kriegsschuldigen, mit dem Nachweis, daß Deutschland seine vertraglichen Reparationsverpflichtungen längst erfüllt habe und mit der unerbittlichen Forderung der wirtschaftlichen Vernunft, daß die Wiederherstellung des Vertrauens als Voraussetzung der Ueberwindung der Weltwirtschaftskrise, die sofortige restlose Beseitigung der Tribute erfordere.

Der Brief Papens vom Reichspräsidenten beantwortet

Berlin, 27. Juni. Der Brief der bayerischen Staatsregierung an den Reichspräsidenten ist vom Reichspräsidenten sofort beantwortet worden. Nach Mitteilung aus Kreisen der Reichsregierung ist nicht beabsichtigt, den Inhalt des Briefes zu veröffentlichen.

Friedhofseröffnungen in Dessau

Dessau, 27. Juni. Zwei bis drei junge Burschen drangen in den letzten Tagen und Nächten in den diesigen Friedhof 1 ein und zerstörten etwa 100 Denkmäler, unter ihnen 35 bis 40 Grabsteine. Man vermutet die Täter, die man bisher noch nicht hat fassen können, in den Reihen des Gottlosenverbandes.

50 Tage auf einer Fahnenstange

Neumünster, 27. Juni. Will Aldert, der Neumünsterer Fahnenstangenbauer hat sich mit 50 Tagen und drei Stunden dem Absteige befreit. Aldert war so erschöpft, daß er nicht mehr die Leitern benutzen konnte, sondern vom Dach aus durch eine Luke heruntergeholt werden mußte.

Riesenbrand in Antwerpen

Antwerpen, 27. Juni. In der großen Markthalle St. Jacques, die mehrere Genossenschaften als Lagerhalle für die verschiedensten Güter dient, brach nachts ein Brand aus, der rasch um sich griff und auch auf die benachbarten Gebäude, darunter ein Haupt für Geisse und eine Kirche, übergrang. Die Feuerwehr macht alle Anstrengungen, um ein weiteres Umsichgreifen des Brandes zu verhindern. Mehrere Feuerwehrleute sind bereits leicht verletzt worden.

Sichern Sie sich

unser Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen“ für den Monat Juli durch sofortige Bestellung

Aus Stadt und Land

Mittwoch, den 28. Juni 1932.

Peter und Paul. Am 28. Juni feiern die Kirchen den Gedent- und Todestag der beiden Apostel Petrus und Paulus. Peter und Paul bringt für das Bauernhaus den ersten Kirchfluch, daher auch der „Kirchenpeter“ genannt. Als Bauernlosttag hochgewertet merkt sich der Landmann das Wetter des Apostelfeiertags, denn „Regnets auf Peter und Paul, so wird dem Korn die Wurzel faul.“ „Ist an Peter und Paul klar, hoffe auf ein gutes Jahr“. Gewitter an Peter und Paul sind unerwünscht. Sie werden als ein Zürnen des Himmels, besonders der Apostelfürsten, über die Verkommenheit und Bosheit der Welt gedeutet. Für einige Gebiete Süddeutschlands ist Peter und Paul ein wichtiger Markttag.

Zur Kirchenernte — Vorsicht beim Pflücken! — Kein Wasser auf Kirchen trinken. Mit dem Reifen der Kirchen muß auch wieder an einige Vorsichtsmaßregeln erinnert werden, um sich und andere vor Schaden zu bewahren. Zunächst einmal sind es die Unfälle und Verletzungen, die alljährlich beim Pflücken dieser köstlichen Erntefrüchte vorkommen, die zur Mahnung Anlaß geben. Bei der Abnahme der Früchte prüfe man vorher das Leitermaterial, gebe der Leiter einen sicheren Stand und versteife sich nicht darauf, auch die schier unerreichbaren Früchte an den äußersten Enden der Äste und Zweige noch zu pflücken, denn erstens kann dies sehr gefährlich werden und zweitens wollen die Spagen und die anderen Bögel auch noch ein paar Kirchen. Sicherer läßt sich auf schwanker Leiter hantieren, wenn diese an mehreren Stellen angebunden ist. Weitere Gefahren drohen durch das achtlose Begreifen von Kirchensternen auf Gehwegen, insbesondere auf dem glatten Pflaster, was nicht nur für alte und gebrechliche Leute, sondern auch für ganz Gesunde zum Verhängnis werden kann. Alljährlich kommen infolge des Ausruftens auf Obstbäumen und den dadurch verursachten schweren Verletzungen Todesfälle vor. Sehr gefährlich ist es schließlich für Klein und Groß, unmittelbar nach dem Genuß von Kirchen, wie überhaupt von Obst, Wasser und andere Flüssigkeiten zu genießen.

Ragold, 27. Juni. (Kameradschaftliche Hilfe.) Bei der 6. Präsidialkongress des Würt. Kriegerbundes Stuttgart wurde beschlossen, den durch die Hochwasserkatastrophe am Pfingstmontag schwer geschädigten Kameraden des Bezirkskriegerverbands Ragold eine außerordentliche Unterstützung im Gesamtbetrag von 1000 Mark zu bewilligen und den Bezirksobmann, Studentrat Grau-Ragold, mit der Verteilung im Benehmen mit den Vereinsvorständen zu beauftragen.

Ragold, 27. Juni. Zu dem gestrigen Bericht über die „Schöpfung“ von Handa sei berichtigt bemerkt: Am 30. März des Jahres waren es 200 Jahre, daß Handa geboren wurde; er starb am 31. Mai 1809.

Calw, 27. Juni. Ein glimpflich verlaufener Unfall ereignete sich gestern Nachmittag auf der Bahnstrecke Altbengstett—Calw. In dem von Stuttgart kommenden Nachmittags-Personenzug war ein etwa vierjähriges Kind einige Augenblicke unbeaufsichtigt geblieben. Es muß sich in dieser Zeit auf die Plattform des Wagens begeben haben, und von dort aus dem fahrenden Zug gestürzt sein. Bei den von der Bahnstation Calw aus angestellten Nachforschungen fand man das vermiste Kind mit geringen Schürfwunden auf einem Grasrain an der Bahnstrecke auf.

Kaß, O.A. Herrenberg, 26. Juni. (Bürgermeisterwahl.) Bei der heutigen Bürgermeisterwahl haben 400 Wähler abgestimmt. Gültige Stimmen erhielten: Immanuel Koppel, Bauer, 240 Stimmen; Stefan Lotter, Bürgermeister Sohn, 80 Stimmen; Gemeindepfleger Breitmeier, 76 Stimmen; vier weitere waren ungültig. Koppel ist somit gewählt.

Lauterbach, O.A. Oberndorf, 27. Juni. Als nach dem Freitagmarkt Mehrgemeister Leo Brucker (Hugenhof) nachts sein Auto in die Garage unterstellte und das Licht löschte, wurde er von drei Männern gepackt. Die Angreifer, die es weniger auf die Person als auf die Geldtasche Bruckers abgesehen hatten, versuchten ihn zu kniefeln. Er setzte sich aber energisch zur Wehr und vermochte sich zu befreien, worauf die Angreifer das Weite suchten. Bruder alarmierte Landjäger Lehner und Wachtmeister Stüh und nahm mit ihnen die Verfolgung auf. Leider gelang es den Unholden, sich ins Dunkel des nahen Waldes zu retten.

Lüdingen, 27. Juni. (Straßenbauten.) Wie Oberbürgermeister Scheef der letzten Gemeinderatsitzung berichtete, belaufen sich die Kosten des Umbaus der Wilhelmstraße in Lüdingen, der im letzten Jahr vorgenommen worden ist, auf 72 688 RM. In den letzten Wochen wurde das umgedaute Verwaltungs- und Magazinsgebäude der Stadt, technischen Werke bezogen. Im neuen Gebäude sind die Räume für die Verwaltung des Stadt, Gaswerks, Wasserwerk und Elektrizitätswerk enthalten. Der Bauaufwand mit 54 870 RM. konnte aus planmäßig angekauften Mitteln der technischen Werke bestritten werden.

Kottenburg, 27. Juni. (Wettlerfreizeit.) Von einem hiesigen Wirte erzählt man folgenden Vorkommnis aus der jüngsten Zeit: In seiner Wirtschaft sitzen gegen Abend zwei „Kunden“, die sich den Wein wohl schmecken lassen. Nachdem ein jeder fast ein halbes Duzend „Biertele“ hinter die Binde gegossen hatte, sagte der eine: „So, jetzt haben wir kein Geld mehr, jetzt werden heute Abend noch die „Blaffen“ abgerieben.“

Obingen, 27. Juni. (Tödlicher Unfall.) Am Sonntagabend ging in der Truchtlingser Straße das vierjährige Töchterchen des Mechanikermeisters Leonhard Spiegel mit ihrer Tante spazieren. In einem unbewachten Augenblick kam das Kind auf die Bahnbahn und geriet vor ein schnell fahrendes Personenauto aus Kehlringen. Das Kind wurde von dem Kummerzahn des Autos erfasst und beiseite geschleubert. Es erlitt bei dem Anprall einen Schädelbruch und war sofort tot.



Keutlingen, 27. Juni. (80. Geburtstag.) Am Dienstag feiert der Ehrenbürger der Stadt Keutlingen, Fabrikant Gustav Groß junior, in voller geistiger und körperlicher Frische seinen 80. Geburtstag.

Stuttgart, 27. Juni. (Auf der Straße gestorben.) In der Senefelderstraße erlitt abends ein 60 Jahre alter Mann einen Herzschlag. Er war sofort tot.

Gannstatt, 26. Juni. (Bestrafter Uebermut.) Samstag früh erkletterte auf der König-Karl-Brücke, aus einer Gruppe junger Leute heraus plötzlich einer das Brückengeländer, glitt infolge der Risse aus und fiel in den Neckar. Des Schwemmens wenig kundig, schrie er aus Leibesträften um Hilfe. Ein Rettungsring, der ihm zugeworfen wurde, hielt ihn wenigstens solange über Wasser, bis er mit einem Kahn gerettet werden konnte.

Ludwigsburg, 27. Juni. (Herzschlag.) Bei seiner Arbeit an einem hiesigen Neubau wurde der 59 Jahre alte Gottlieb Klingler, ein Maurerpolier von Neckarweihingen, von einem Herzschlag ereilt, der seinen Tod zur Folge hatte.

Wöppingen, 27. Juni. (Verkehrsunfall.) Zwischen Ebersbach und Ahingen versuchte ein aus der Richtung Ebersbach kommender Motorradfahrer mit Sozius einen vor ihm fahrenden Lastwagen zu überholen, als gleichzeitig aus entgegengesetzter Richtung ein Personenkraftwagen kam. Er stieß mit dem Personenkraftwagen zusammen. Während der Beifahrer mit einem Oberschenkelbruch davontam, erlitt der Fahrer des Motorrads einen schweren Schädelbruch und innere Verletzungen, denen er auf dem Transport ins Bezirkskrankenhaus Wöppingen erlag. Die Motorradfahrer kamen aus dem Schwarzwald und befanden sich auf der Fahrt nach Ulm.

Leonberg, 27. Juni. (Tödlich verunglückt.) Das 33-jährige Töchterchen des Bahnarbeiters Georg Karle in Eltingen wurde von einem Personenauto aus Leonberg überfahren. Das Kind war sofort tot.

Waiblingen, 27. Juni. (Unter den Rädern.) Der 38 Jahre alte verheiratete Dr. med. Rigall aus München, der zur Zeit einen hiesigen Arzt vertritt, wollte auf dem Bahnhof in einen bereits in Fahrt befindlichen Zug einen Brief abgeben. Dabei wurde er vom Zug erfasst und unter die Räder geworfen, so daß ihm ein Bein oberhalb des Knies vollständig zerschneit wurde.

Kirchheim u. L., 27. Juni. (Aufhebung des Jollamts.) Ende dieses Monats wird das seit 1. Januar 1924 hier befindliche Jollamt wegen Rückgangs der Gütereinfuhr geräumt. Zuständig ist künftig das Jollamt Nürtingen.

Herrlichshöfen O. Biberach, 27. Juni. (Der Fuchs geht u. m.) In einer der letzten Nächte hauste Meister Reineke aufs unverschämteste in der Geflügelhaltung des Lammwirts. Ueber 20 Hühner fielen dem blutigen Räuber zum Opfer.

Wendehaus O. Biberach, 26. Juni. (Brand.) Nachts brach in dem Anwesen des Bauern Bernhard Schab ein Brand aus. Die Löscharbeiten gestalteten sich deshalb schwierig, weil das Wasser vom Rohrbach aus in einer 300 Meter langen Schlauchleitung zur Brandstelle geleitet werden mußte. Der Brand griff so rasch um sich, daß das ganze Anwesen bald einem Flammenmeer gleich und vollständig ausbrannte.

Kempten, 27. Juni. (Bluttat.) Eine schwere Bluttat ereignete sich in der vergangenen Nacht in der Ortschaft Altenstadt. Der 27-jährige Landwirtssohn Johann Weiber erschloß die 12-jährige Schülerin Rosine Walter und machte dann seinem Leben gleichfalls durch einen Schuß ein Ende.

Amstell O. Wangen, 26. Juni. (Brand.) Freitag abend brach im freistehenden Ökonomiegebäude der Landwirts Witwe Feuerstein in Stahrenberg Feuer aus, das sich rasch über Stadel und Stallung verbreitete. Den Bemühungen der Feuerwehr gelang es, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken.

Jeder Auftrag an den rechten Blak!

Einige beachtenswerte Worte für alle, die etwas machen lassen

Die Handwerkskammer Keutlingen schreibt:

Die zu einem unheimlichen Ausmaß angewachsene Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit führt dazu, daß viele, die davon betroffen sind, sich nun frei auf ihrem Handwerksberuf betätigen. Wenn mancher ihnen etwas zu machen gibt, so soll in einzelnen Fällen die Absicht, die dabei mitspricht, gewiß nicht verkannt werden, ebenso soll auf die immer wiederkehrenden Hinweise darauf, ihre Lage, in die sie die Wirtschaftsnot gebracht hat, zu bessern, nicht weiter eingegangen werden. Aber man bedenke, daß der schon Jahre und Jahrzehnte lang selbständige Handwerker und Geschäftsmann auch auf die Arbeiten wartet, um seinen Betrieb durchhalten, sich und seine Familie ernähren zu können. Woher soll er sonst das Geld nehmen zur Bezahlung der Steuern und anderen Abgaben, die doch als Einkommen der verschiedensten Form, als Gehalt, Arbeitslohn, Entgelt für Lieferungen aller Art usw. wieder erscheinen. Vom volkswirtschaftlichen und sozialen Standpunkt aus gesehen ist es unbedingt das Richtige und die Pflicht jedes Einzelnen, dafür zu sorgen, daß die vorhandenen Werkstätten einigermaßen Arbeit erhalten, weil ihre Inhaber dann in der Lage sind, die leeren Arbeitsplätze wieder zu besetzen. Damit ist dem Arbeitnehmer geholfen und jeder andere hat auch seinen Nutzen, weil weniger Unterstützung nötig werden und so die Aufwendungen von Reich, Staat und Gemeinden dafür zurückgehen. Das Vertrauen kehrt ferner zurück und die Wirtschaft löst sich von selbst wieder aus ihrer Starrheit.

Wer die Arbeit den selbständigen Geschäftsmann ausführen läßt, weiß, daß er gut bedient wird. Lange Erfahrung im Einkauf, in der Bearbeitung des Materials, die dazu notwendige technische Ausrüstung des Betriebs sind Vorzüge, die die Entscheidung nicht schwer werden lassen, wenn man den Auftrag zukommen lassen soll.

Bei Bauarbeiten namentlich kommt noch hinzu, was besonders zu beachten ist, daß derjenige, welcher einem an-

deren, der sein Gewerbe bei der Unfallversicherung nicht angemeldet hat, eine Arbeit gibt, als Arbeitgeber gilt, die Beiträge zur Versicherung entrichten muß und unter Umständen im Falle eines Unfalls vom Versicherungsträger zum Ersatz der daraus entstehenden Kosten herangezogen wird.

Wer also etwas machen läßt, trägt für sich wie für die Allgemeinheit eine erhebliche Verantwortung bei der Entscheidung, wer es auszuführen hat.

Darum unterläßt das ortsanfällige, selbständige Handwerk, es liegt im wohlverstandenen eigenen Interesse!

Wie lange noch überbesoldete Volksvertreter?

Es wird uns geschrieben: Es ist kein Wunder, wenn man heute immer und immer wieder den Ruf hört, die Volksvertreter, die Reichs- und Landtagsabgeordnete, seien überbesoldet durch die hohen Jahres- und Sitzungsgelder, die sie beziehen. Zweifellos besteht ein großes Mißverhältnis zwischen ihrer „Leistung“ und ihrer Bezahlung. Aber das Volk sollte eher eine höhere Leistung als eine geringere Bezahlung fordern. Würden die Abgeordneten wirklich ihre volle Kraft dem Volk wohl widmen, dann wäre die Entschädigung nicht zu hoch, sondern das Geld durchaus rentabel angelegt. Würden die Abgeordneten sich bemühen, Einblick in das Leben des Volkes, jeden Standes (nicht bloß des eigenen), jeder Schicht, jeder Gegend zu gewinnen, alle Vorschläge, die gemacht werden, zu prüfen und im großen und im kleinen zu befragen und zu helfen und auszusprechen, dann könnte jeder das Gefühl haben: Sie haben's verdient und wenden es nützlich an. Freilich muß sich hier das Volk vielleicht selbst den Vorwurf machen. In die Hand des Volkes ist es ja gelegt, die richtigen Leute auszusuchen, die diesem Ideal entsprechen. Das Volk muß sich vor der Wahl fragen: Was wird der Abgeordnete tun, den ich zu wählen beabsichtige? Wird er bald einen sinnlosen Antrag, bald einen Zwischenruf anbringen und sonst nichts, oder wird er in stiller Arbeit (die meist in den Ausschüssen geschieht) für mich und alle Volksgenossen sorgen? Beißt er überhaupt die Lippen dazu? Würde sich unser Volk solche Fragen vorlegen, dann könnte man sich nicht auf den Vorkandidatlisten der Parteien stehen; dann würde es aber auch in unseren Parlamenten und im ganzen Volke anders aussehen.

Wahlreden von Wirtschaftsminister Dr. Maier

Stuttgart, 27. Juni. Auf zwei Wahlversammlungen der Deutschdemokratischen Partei in Calw und Neuenbürg sprach am Samstag Wirtschaftsminister Dr. Maier über die Lage. Er sagte u. a., daß Württemberg von der neuen Reichsregierung erneute Ueberforderungen der bisher schon bestehenden schweren Benachteiligungen auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiete zu erwarten habe. Die frühere Regierung sei Württemberg namentlich auf dem Gebiete der Arbeitsbeschaffung sehr entgegengekommen, auch die württembergischen Anträge zum Schutz des Mittelstandes hätten Beachtung gefunden. Nun sei aber die Lage anders geworden, denn die guten persönlichen Beziehungen hätten aufgehört und man sehe Männern gegenüber, die auf wirtschaftspolitische Ansichten eingeschworen seien, die dem eigenartigen Aufbau der württembergischen Land- und Forstwirtschaft sowie der württembergischen Industrie abträglich sind. Die neue Reichsregierung werde wohl eine Agrarpolitik nach dem Willen des Reichslandbundes treiben müssen und dabei werde die südwestdeutsche Landwirtschaft schlecht wegkommen. Der Redner wandte sich dann gegen die Beleidigungen der süddeutschen Regierungen durch den Führer der Berliner Nationalsozialisten und wies darauf hin, daß Württemberg seit 1927 42 Millionen an Ueberhöhen an die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung abgeführt habe und daß auch heute noch Monat für Monat beinahe eine Million an die Reichsanstalt auf Rinnerrückstellungen fließen. Auch die Landesversicherungsanstalt Württemberg habe 42 Millionen an andere Anstalten abgeführt und nun solle Württemberg aus der Reichsbilanz für die Gemeindefürsorge in Höhe von 982 Millionen im ganzen nur 3,117 Millionen erhalten statt 36 Millionen nach dem Steuerverteilungsschlüssel. Wenn Württemberg diese Beträge hätte, dann könnte es die bestehende Arbeitslosigkeit aus eigener Kraft mit Stumpf und Stiel ausräumen. Gegen diese Benachteiligung muß der Kampf mit aller Energie weitergeführt werden. Daran wird sich die württembergische Regierung auch durch noch so lächerliche Angriffe nicht hindern lassen. Die Frage des Uniform- und Aufjagoverbotes sind keine nebenwärtlichen Angelegenheiten. Ein Staat, der es duldet, daß in seinen Grenzen ein neuer Staat mit einer nach Hunderttausenden zählenden Privatarmee bildet, gibt sich selber auf. Es ist eine irrtümliche Auffassung vom Wesen der Demokratie, wenn man meint, sie müsse jede Bewegung dulden. Der Staat soll über die Häuten herrschen und nicht die Häuten über dem Staat.

Aufstieg in die Stratosphäre

Stuttgart, 27. Juni. Montag wurde um 11.55 Uhr von Prof. Dr. Regener in Stuttgart der dritte Ballonaufstieg in die Stratosphäre durchgeführt. Nach den Erfahrungen der ersten zwei Flüge wurde die Apparatur dadurch geändert, daß man an die drei getöpelten Ballons eine Bremse anbrachte, deren Zweck ist, sowohl die Geschwindigkeit des Aufstieges wie auch des Fallens zu verhindern. Tatsächlich ging der Flug viel langsamer und ruhiger vor sich als bei den ersten Versuchen. Es war möglich, die Ballons während der ersten Stunden mit Hilfe der Fernrohre vom Dach des Physikalischen Institutes zu verfolgen, wobei sich die in dieser Zeit erreichte Höhe als etwa neun Kilometer abschätzen ließ. Gegen 1 Uhr löste sich der oberste der drei Ballone und verschwand in der Höhe. Die zwei restlichen vermögten jedoch das Instrument allein weiter zu tragen und sogar weiter zu steigen, wenn allerdings auch sehr langsam. Nach 1 Uhr wurde ein stetiges Weitersteigen des sich in der südwestlichen Richtung entfernenden Ballons festgestellt. Da die Sonnenstrahlung in den oberen Luftschichten beträchtlich stärker ist als an der Erdoberfläche, besteht die Möglichkeit, daß der Auftrieb der Ballone, durch die Wärme vergrößert, dazu ausreicht, um die erwünschte Höhe zu erlangen.

Aus Baden

Worzhelm, 27. Juni. (Mit dem Beil gegen den Chemann.) Am Samstag abend wurde die Polizei nach einem Hause der Kaiser-Friedrichstraße gerufen, wo ein älteres Ehepaar in seiner Wohnung in Streit geraten war. Die Frau schlug mit dem Beil auf den 59-jährigen Chemann ein, der erhebliche Kopfverletzungen davontrug.

Schriesheim, 27. Juni. (Den Gemeindestall gepfändet.) Da die hiesige Gemeinde mit ihren Zinszahlungen im Rückstand ist, ließ ihr die Badische Kommunal- und Landesbank Mannheim den Gemeindestall mit Färren, Ebern und Zuchtböden pfänden.

Heidelberg, 27. Juni. (Einbruch in die Gerichtsvollzieherei.) Für 4000 Mark Wertfachen erbeutet.) Bei einem Einbruch in die hiesige Gerichtsvollzieherei wurden Schmuckstücke im Wert von etwa 4000 Mark gestohlen, die erst kurz vorher gepfändet worden waren. Der oder die Diebe erbeuteten u. a. zehn Brillantringe, mehrere andere Ringe mit farbigen Steinen, zwei Kolliers, einige Taschenuhren, ferner Füllfederhalter und einen Photoapparat. Der Einbruch ist unter Verwendung von Nachschlüsseln und Spiralsbohrern geschehen.

Rehl a. Rh., 26. Juni. In Mühlhausen bei Buchweiler hat der 65-jährige Kaufmann Wilhelm Kasi, der vor einigen Jahren von Baden-Baden nach Mühlhausen gezogen ist, in der Nacht zum Freitag seine 62-jährige Frau durch drei Revolverkugeln in den Kopf getölet. Unter Verwendung von leicht brennbaren Flüssigkeiten steckte dann Kasi sein Haus in Brand und schloß sich zwei Augenblicke in den Kopf. Der Verletzung ist Kasi einige Stunden nach Ausführung der Tat erlegen. Das Haus brannte vollständig nieder. Die Tat geschah im Einverständnis mit der Ehefrau, die Eheleute hatten ihre Sonntagskleider angezogen. Schlechter Geschäftsgang und drohender Konkurs waren die Veranlassung zu dem Ehedrama.

Reuten, 26. Juni. Mehr als großen Anlauf verübte ein hiesiger, noch nicht bekannt gewordener Einwohner, indem er ein anderthalb Zentner schweres Schweißeisen, das an Kollaus verendet war, ohne weiteres in eine offene Lehmgrube am sog. Arweg warf und so große Anstößungsgefahr für Menschen und Tiere hervorrief.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Beleid des Reichspräsidenten zum Tode des Reichsministers Dr. Scholz. Der Herr Reichspräsident hat der Witwe des verstorbenen Reichsministers a. D. Dr. Scholz in einem persönlichen Schreiben sein Beileid ausgesprochen.

Nationalsozialistischer Landtagsabgeordneter verbietet die Verwendung seiner Unterschrift für bayerische Schuldenpapiere. Der nationalsozialistische Abgeordnete Vergdirektor Wagner-München hat an den Präsidenten der bayerischen Staatsschuldverwaltung ein Schreiben gerichtet, in dem er erklärt, daß er die gegebene Ermächtigung zur Benutzung des Familiennamens seiner Unterschrift für Zwecke der bayerischen Staatsschuldverwaltung zurückziehe und daß eine Unterschriftsleistung seinerseits bis auf weiteres nicht mehr zu erwarten sei.

Bayerischer Kaufmann in der Mandschurei ermordet. Wie aus Charbin gemeldet wird, ist in der Mandschurei ein deutscher Kaufmann namens Wilhelm Pelz, ein Bager, von Räubern ermordet worden. Der Kaufmann bereifte in geschäftlichen Dingen die Mandschurei. In der Nähe von Jingobihe wurde er überfallen. Er konnte sich der Räuber jedoch erwehren und neun von ihnen erschießen, die übrigen ergriffen die Flucht. Bei dem Feuergefecht war er selbst verwundet worden. Als er sich bis zur nächsten Ortschaft schleppte, wurde er aus dem Hinterhalt von einem anderen Räuber erschloß.

Bertram von Eingeborenen getölet? „Times“ meldet aus Windham in Westaustralien, daß einem Bericht von australischen Eingeborenen zufolge ein wilder Eingeborener die deutschen Flieger Bertram und Klausmann an einer Stelle im Busch in der Nähe des Flugzeugs „Atlantik“ mit einem Speer getölet habe. Von Windham sei eine Polizeibeamtliche unterwegs, um das Gerücht nachzuprüfen.

Tote und Verletzte beim Autorennen in Nancy. Gelegentlich der Automobilwettkampf „Rund um Lothringen“ ereignete sich am Sonntag nachmittags ein schwerer Unglücksfall, wobei drei Menschen getölet und 22 mehr oder weniger schwer verletzt wurden. Einer der Rennfahrer verlor unweit von Nancy die Gewalt über das Steuer und raste in die Zuschauermenge. Eine 31 Jahre alte Frau und ihr achtjähriger Sohn, sowie ein noch unbekanntes Kind von acht Jahren wurden auf der Stelle getölet, während 22 Menschen, darunter verschiedene Soldaten, zum Teil sehr schwer verletzt wurden. Bei einigen der Verletzten besteht Lebensgefahr.

Krafttrabungsluft bei Darmstadt. Ein von Kofsdorf nach Darmstadt fahrender Motorradfahrer fuhr in der Nacht zum Sonntag auf einem am Straßenrand haltenden Lastwagenzug auf. Der Fahrer des Krafttrades und sein Beifahrer waren sofort tot.

Geistlicher beim Gottesdienst vom Schläge getroffen. Ein katholischer Gottesdienst, an dem mehr als 40 000 Personen teilnahmen, wurde im Zusammenhang mit dem Eucharistischen Kongreß in Dublin auf dem Gelände der Kirchkastell-Abtei abgehalten. Während des Gottesdienstes brach ein 50-jähriger Geistlicher aus Bradford vom Schläge getroffen zusammen.

Eyflon in der Türkei. Ein starker Eyflon suchte die Küstengebiete bei Caesarea in Palästina heim. Der Sachschaden ist groß.

Aus dem Gerichtssaal

Beginn des Prozesses Heynau

Stuttgart, 27. Juni. Nach der Feststellung der Personalien und der Verlesung des Eröffnungsbeschlusses wurde im Prozeß Heynau der erste Klagepunkt behandelt, der in erster Linie den angeklagten Marx betrifft, in den aber auch Weingold und Heynau verwickelt sind. Als Marx vernommen wurde, legte er einen Jernstein auf den Tag, der bei der Beurteilung seines Charakters nicht für ihn sprechen wird. Für den zum Nachteil eines Cafetierts begangenen Betrug fand er die besagende Erklärung: „Das ist so der Welt Lauf“. Als ihn der Vorsitzende mahnte, bei der Wahrheit zu bleiben, gab er abschließend die gnäugliche Antwort: „Was ist Wahrheit?“ Schließlich gab Marx zu, seine jetzige Einstellung gegen Heynau entspringe dem Mito der Rachsucht. Von den für den Vormittag vorgesehenen Zeugen konnten nur einer und der medizinische Sachverständige vernommen werden. Sämtliche Angeklagte wurden von dem Gerichtsarzt für zurechnungsfähig erklärt. Bei dem angeklagten Marx, der von Beruf Musiker ist, war der Sachverständige der Ansicht, daß er vom Kaufmännischen nur das Unmoralische gelernt habe.

Am Juchhans vorbei

Stuttgart, 27. Juni. In dem Prozeß gegen die beiden frühere Beamten der Staatlichen Kunstgewerbeschule in Stuttgart führte Staatsanwalt Ollenbacher aus, in der Kassenverwaltung der Kunstgewerbeschule sei Jahre lang die schwerste Mißwirtschaft betrieben worden. Es habe eine grandiose, ja geradezu geniale Schlamperlei geherrscht. Er beantrage gegen den angeklagten Obersekretär W e n d e l unter Jubilierung mildernder Umstände eine Gefängnisstrafe von 1 Jahr und 2 Monaten. Bei dem mitangeklagten Rechnungsrat S c h m i e d hand der Staatsanwalt auf dem Standpunkt, daß dieser Angeklagte W e n d e l in die Karten gesehen habe; durch sein stillschweigendes Verhalten habe er die Verschlingen W e n d e l s sanktioniert. Er beantrage deshalb gegen ihn eine Gefängnisstrafe von 6 Monaten. Das Urteil lautete gegen den angeklagten Obersekretär W e n d e l auf zehn Monate und gegen Rechnungsrat S c h m i e d auf 4 Monate Gefängnis. Inwiefern es den Angeklagten durch mangelhafte Beaufsichtigung möglich war, die Verschlingen durchzuführen und eine betrieblige Mißwirtschaft einrichten zu lassen, wie sie vor Gericht ausdrücklich festgestellt wurde, wurde im Strafmaß berücksichtigt.

Berurteilter Justizreferendar

Heilbronn, 27. Juni. Das Schöffengericht Heilbronn hat den 24 Jahre alten Justizreferendar Franz Herz von Heilbronn, der im März d. J. in Weinsberg mit dem Auto seines Vaters die 4 Jahre alte Tochter Wilma des Weingärtners Wilhelm Hoffmann von Weinsberg tödlich überfahren hatte, zu 300 RM Geldstrafe verurteilt.

Skaret-Prozeß

Die letzten Worte der Angeklagten

Berlin, 27. Juni. In der Montags-Verhandlung des Skaret-Prozesses wurde den Angeklagten das letzte Wort zu ihrer Verteidigung angeden. Leo Skaret erklärte, daß sein Verteidiger 20 Seiten seines Manifestes vernichtet habe, weil darin von den großen Kanonen die Rede gewesen sei, die nach dem Willen des Gerichts nicht hineingeschoben werden sollten. Er widersprach dann der Behauptung des Staatsanwaltes, daß er gefühllos sei und brachte dafür einige Beispiele an. Er habe nie daran gedacht, jemanden zu betrügen. Ein deutschnationaler Jurist und Abgeordneter habe ihm gesagt: „Wenn Sie einen klugen Hochverderber haben, kann Ihnen nichts passieren!“ Sein Bruder Max sei der eigentliche Kapitän des Schiffes gewesen und er sei auch heute noch „ein Napoleon im Bett“. Wenn er verurteilt werden sollte, so bitte er um ein mildes Urteil und er bitte, an seine Frau und seine beiden kleinen Kinder zu denken.

Altensteig-Stadt.

Alle Arbeitgeber,

die nicht mehr als 5 versicherungspflichtige Personen beschäftigen, haben die Quittungskarten der Dienstboten, Arbeiter, Gefellen, Lehrlinge, Hausgewerbetreibenden, Monatsfrauen etc.

am Donnerstag, den 30. Juni ds. Js.,

vormittags 9-12 Uhr und nachmittags 2-5 Uhr auf dem Rathaus Zimmer Nr. 2 zur Prüfung vorzulegen und die Lohnbücher oder Lohnlisten mitzubringen.

Auch die unständigen Arbeiter und Arbeiterinnen haben ihre Quittungskarten vorzulegen und Auskunft über ihre Beschäftigung zu erteilen.

Diesjenigen freiwillig Versicherten, welche ihre Versicherungsmarken selbst kleben, sowie die Arbeitslosen, haben ihre Quittungskarten ebenfalls vorzulegen.

Ortsbehörde für die Arbeiter- u. Angestellten-Versicherung: Krapf.

Altensteig.

Zur Mostbereitung empfehle:

gelbe Stiel-Candia-Rosinen
gelbe und schwarze Cypro-Rosinen
in Kisten à 30 Pfd. und in Original-Säcken
à 50, und 100 Pfund, sowie im Anbruch
gegen Kassa zu herabgesetzten Preisen.

Zapl's Mostansatz

in 50 Liter und 100 Liter-Flaschen à M. 1.80 und 3.60

Chr. Burghard jr.



Soeben erschienen

Die kleine Mercedes

eine tragbare Schreibmaschine

für hohe Ansprüche

Prospekte und Vorführungen bereitwilligst.

Buchhandlung Lauk
Altensteig und Nagold.

Ein neuer Roman von

ANNA
ELISABET
WEIRAUCH:
Lotte

Humorvoll und ein bißchen rührend ist diese Geschichte von der kleinen kessenen Lotte, die vom großen Leben träumt und auszieht, Reichtum und Ruhm zu erobern; die von der Wirklichkeit gepackt und geschüttelt wird und so ganz nebenbei ihr kleines, aber wirkliches Lebensglück erhascht. Soeben erschienen als neuestes

Gelbes Ullsteinbuch für 90 Pf.

und erhältlich in der

Buchhandlung Lauk in Altensteig u. Nagold

Hausfrauen u. Haus-Mütter bitte die Salz-Versorgung nicht zu übersehen!

- Sie kaufen immer noch:
Heilbronner Tafelsalz
fein Pfd.-Paket 10 -
Küchensalz m.-körnig
Pfd.-Paket 10 -
Jodsatz (Vollsatz)
Pfd.-Paket 15 -
Raffinade-Speisesalz
das 10 Pfd.-Säckchen
nur 55 Pfg.
solange Vorrat reicht bei
C. W. Lutz Nachf.

Altensteig.
Eismaschinen
verschiedener Größen
empfiehlt ab Lager
zum Fabrikpreis
Karl Henkler senior
Eisenhandlung
beim Postamt

Bestellter
Einnach-
Zucker
eingetroffen
Konsumverein

Altensteig.
Eismaschinen
verschiedener Größen
empfiehlt ab Lager
zum Fabrikpreis
Karl Henkler senior
Eisenhandlung
beim Postamt

Willy Skaret erklärte, er sei nur der Leiter der Kasse gewesen. Sein Bruder Max habe ihn lächelnd beiseite geschoben und erklärt, gute Leistungen seien nicht das wesentliche, die Hauptsache sei die Prostitution. Er habe nichts Profitables gemacht. Er sei genug getrunken und bestraft worden.

Schmidt verhierte seine Unschuld. Hermann erklärte, er habe seine Pflicht bis zum äußersten erfüllt. Nebenbei äußerte sich Solokowski. Gabel sagte, daß er als Anhänger der kommunistischen Idee Schlemmerlotale belacht habe, darüber habe er sich die bittersten Vorwürfe gemacht. Er habe Fehler gemacht, aber kein Verbrechen begangen. Decker hat kurz um seinen Freispruch. Bürgermeister Schneider erklärte, nur im Interesse der Stadt Berlin gehandelt zu haben. Kobi erklärte, keine Zuwendungen erhalten zu haben, er habe nur zum besten der Stadt gehandelt. Er bitte um ein gerechtes Urteil, das nur auf Freispruch lauten könne. - Das Urteil wird heute gesprochen.

Stundfunk

Mittwoch, 29. Juni: 6 Uhr Gymnastik, von 10 bis 12.30 Uhr Schallplatten, Nachrichten, Wetter, 15.30 Uhr Caritassport: Neuland der Tat, 16 Uhr Kinderstunde, 17 Uhr Konzert, 18.15 Uhr Zeit, 18.30 Uhr Vortrag: Was bringt der Handelsteil einer Zeitung? 18.55 Uhr Zeit, 19 Uhr 150 Jahre Schillers Räuber, 19.30 Uhr Rheinische Pieder mit verbindenden Texten, 20 Uhr Amerikanische Miniaturen, 21 Uhr Operettenkonzert, 22.30 Uhr Zeit, 22.45 Uhr Nachtmusik.

Beste Nachrichten

Spinale Kinderlähmung in Magdeburg

Magdeburg, 27. Juni. In Groß-Ottersleben bei Magdeburg erkrankte vor etwa vierzehn Tagen ein Kind an spinaler Kinderlähmung. Seither sind acht Kinder im Alter von ein bis zwei Jahren von der furchtbaren Krankheit befallen worden.

Der deutsche Städteitag zum belgischen Kreditplan

Berlin, 27. Juni. Der Präsident des deutschen Städteitages hat zugleich im Namen des Vorstandes des Deutschen Städteitages in einem Telegramm an den Reichsfinanzler

auf die völlige Unmöglichkeit des von der belgischen Delegation in Lausanne betriebenen Kreditplanes hingewiesen und um Ablehnung aller auf die kommenden Versorgungs-betriebe gerichteten Absichten gebeten.

„G 38“ in London

London, 27. Juni. Das deutsche Großflugzeug „G 38“ ist heute mit 30 Passagieren an Bord zum ersten Mal auf englischem Boden in Croxden gelandet. Wegen seiner Größe konnte das Flugzeug nicht in einen Schuppen gebracht werden. Es wurde deshalb auf dem Flugplatz verankert.

Ueberschwemmungskatastrophe in Rumänien

Bukarest, 27. Juni. Die starken Regengüsse in ganz Rumänien haben zu großen Ueberschwemmungen geführt. Eine ganze Reihe von Eisenbahnen sind außer Betrieb. In der Moldau, in der Bekovina und in Siebenbürgen sind zahlreiche Brücken weggeschwemmt. In einigen Dörfern wurden fast alle Häuser von den Wassermassen fortgetragen. In einem Dorf in der Moldau ertrank eine achtköpfige Familie, in der Bukowina eine sechsköpfige Familie. Zwerfjellos sind noch mehr Opfer zu beklagen; doch ist ein Ueberblick über das Gesamtmaß der Katastrophe noch nicht möglich.

Der Redakteur der „Roten Fahne“ zu neun Monaten

Festungshaft verurteilt

Berlin, 28. Juni. Der Vierte Strafsenat des Reichsgerichts verurteilte am Samstag den Schriftleiter der „Roten Fahne“ in Berlin, wegen Vorbereitung zum Hochverrat und Unterstützung einer staatsfeindlichen Verbindung zu neun Monaten Festungshaft. Unter den zur Last gelegten Straftaten ist auch die Veröffentlichung des bekannten Sympathie-Telegramms an die meuternden Roten in England zu verzeichnen.

Gestorben

Nagold: Rosine Böhm geb. Härle, 68 Jahre alt.

Wetter für Mittwoch

Der westliche Hochdruck kommt jetzt mehr zur Geltung. Für Mittwoch ist vielfach heiteres, wärmeres Wetter zu erwarten. Vereinzelt Wärmegewitter sind in Rechnung zu nehmen.

Druck und Verlag der W. Kiefer'schen Buchdruckerei, Altensteig. Verantwortlich für die Schriftleitung: L. Lauk.

WER PFENNIGE SÄT
ERNET TALER
SPARE
bei der
Städt. Sparkasse Altensteig.
Bonder Wohlfahrtslotterie
Ziehung 29. und 30. Juni
sind noch Lose zu 50 Pfg.
zu haben in der
Buchhandlung Lauk, Altensteig.
Wohnungs-Gesuch.
3-5 Zimmerwohnung, möglichst mit Gartenanteil, in sommerlicher Lage gesucht.
Offerten unter Nr. 255 an die Geschäftsstelle des Blattes.

MEYERS
LEXIKON
EIN GRIFF GENÜGT
8 BÄNDE VON A-Z
VOLLSTÄNDIG

Zu beziehen durch die Buchhandlung Lauk in Altensteig

